

02.01.2002

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU**

### **Die Entwicklungshilfepolitik in NRW muss neu konzipiert werden**

#### **I.**

Die Europa- und Entwicklungshilfepolitik sind zwei wichtige und korrespondierende Instrumente im Zeitalter der Globalisierung. Beide verfolgen die zentrale Aufgabe, das massive Wohlstandsgefälle abzubauen, Interessen zu vereinbaren und soziale Spannungen abzubauen.

Die demographischen Daten zeigen, wie wichtig eine ausgleichende und steuernde Entwicklungshilfepolitik in den nächsten Jahren sein wird. 1960 lebten rund 10,4% der Weltbevölkerung auf dem Gebiet der jetzigen Europäischen Union. 1997 betrug dieser Anteil mit ungefähr 374 Millionen Menschen nur noch 6,4%, bis zum Jahr 2020 wird ein weiterer Rückgang auf rund 4% erwartet. Auf der anderen Seite schnellte die Zahl der absoluten Weltbevölkerung rapide in die Höhe. Lebten 1825 ca. 1 Milliarde Menschen auf unserem Planeten, so sind es heute bereits über sechs Milliarden. Bis zum Jahr 2025 werden es mindestens 8,5 Milliarden sein. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wird die 10-Milliarden-Grenze wahrscheinlich deutlich überschritten sein. Mit diesen Größenordnungen sind zwangsläufig enorme Spannungen verbunden. Natürliche Ressourcen werden in rasanten Prozessen aufgezehrt, die landwirtschaftlichen Grundlagen werden zur Ernährung immer weniger ausreichen, das soziale Gefälle wird noch stärker differieren. Wanderungsbewegungen und Arbeitsplatzverteilungen sind kaum abschätzbar.

Ein weitsichtiges entwicklungspolitisches Handeln ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern liegt auch in unserem eigenen Interesse. Deutschland und ein geeintes Europa können und müssen im Zeitalter der Globalisierung Akzente setzen und mit ihrer Entwicklungshilfe einen wertvollen Beitrag leisten, um Wohlstand in unterentwickelten Regionen herzustellen.

Datum des Originals: 12.12.2001/Ausgegeben: 02.01.2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Alarmierend ist, dass die öffentlichen und privaten Kapitalströme aus den Industrie- in die Entwicklungsstaaten einen historischen Tiefstand erreicht haben. Das Ziel, 0,7% des Bruttosozialprodukts für die öffentliche Entwicklungshilfe zu verwenden, ist schon lange aufgegeben worden. Auch das Anliegen, die Zahl der Armen bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren, ist in weite Ferne gerückt. Im Mai 2001 hat die UN-Konferenz das unbeschreibliche Elend vieler Menschen nochmals drastisch vor Augen geführt. Danach leben 20% der Weltbevölkerung von weniger als 1 \$ pro Tag. Die Bundesrepublik stellt entgegen der Zusage der Bundesregierung derzeit für die Entwicklungshilfe lediglich 0,27% des Bruttosozialproduktes zur Verfügung. Voraussichtlich wird der Etat für die Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2003 auf unter 0,22% des Bruttosozialproduktes sinken.

Auch die Leistungen Nordrhein-Westfalens an Entwicklungsländer verringern sich drastisch. Die Nettozahlungen gingen – ohne Studienplatzkosten – von 34 236 000 DM im Jahr 1994 auf 28 676 000 DM im Jahr 1999 zurück. Im selben Zeitraum wurden die Leistungen an Übergangsländer von 25 798 000 DM auf 8 848 000 DM gekürzt.

## II.

Die Entwicklungshilfe benötigt dringend neue Impulse und scharfe Konturen, um zukünftig effektiver wirken zu können. Die bestehenden Defizite im Rahmen der öffentlichen Entwicklungsarbeit in Form fehlender Durchsichtigkeit und kaum wahrnehmbare Ziele staatlicher Anstrengungen müssen beseitigt werden. Es wird nach außen bislang zu wenig transparent, was auf welche Art und wofür getan wird. Dies wurde kürzlich auch seitens des EU-Kommissionspräsidenten Prodi angemahnt. Zudem fließen die für die Verwendung der Entwicklungshilfe bereits über Jahre hinweg bewilligten Gelder aufgrund der fehlenden Entscheidungsfreudigkeit der EU und aufgrund bürokratischer Hindernisse lediglich mangelhaft an die Empfangsländer ab. So beliefen sich am 1. Juni 2001 die bereits vor 1995 für Entwicklungsprojekte bewilligten Gelder, die seither nicht abgeflossen sind, noch auf eine Summe von 986 Millionen Euro. D.h. bereitstehende Gelder werden trotz bestehender Dringlichkeit nicht eingesetzt, sondern warten ergebnislos auf ihre Verwendung.

Aufgrund dieser erheblichen Schwachstellen kann sich eine gesellschaftliche, ökonomische und auch politische Lobby für Entwicklungshilfe nur schwerlich ausbilden. Um für die dringenden Anliegen der Entwicklungshilfe stärker zu sensibilisieren und die Notlage vieler Menschen konkreter vor Augen zu führen, sind öffentliche, konzentrierte und projektbezogene Anstrengungen notwendig. Dies gilt umso mehr, als stets die Nachhaltigkeit der Entwicklungshilfepolitik angemahnt wird. Auch das nordrhein-westfälische Modell eines Netzwerkes von weit über 30 „Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren“ konnte die dargestellten Defizite bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht überzeugend ausräumen.

Der Vergleich mit projektbezogenen Hilfen großer Hilfsorganisationen, wie etwa nach Erdbeben oder sonstigen humanitären Katastrophen, verdeutlicht, dass Hilfsbereitschaft und privates Engagement immer dann geweckt werden, wenn ein konkreter Bedarf und entsprechende Erfolge unmittelbar vor Augen geführt werden. Daraus ist

zu folgern, dass auch die staatliche Entwicklungshilfe besser wahrnehmbar und nachvollziehbarer würde, wenn anstelle des Gießkannenprinzips eine überschaubare Anzahl von Projekten unterstützt wird.

Zur Herstellung von Transparenz in der nordrhein-westfälischen Entwicklungshilfepolitik bieten sich auf gewisse Zeit begrenzte Partnerschaften der Landesregierung an, anhand derer ein ausgewähltes Entwicklungsland oder eine überschaubare Zahl ausgewählter Entwicklungsländer unterstützt werden. Die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens könnten dann ihrerseits mit Städten und Gemeinden der jeweiligen Partnerländer zu entwicklungspolitischen Maßnahmen angeregt werden.

Der Landtag beschließt:

- die Landesregierung wird zu einer Neuausrichtung ihrer bisherigen Entwicklungspolitik aufgefordert. Die Mittel des Landes sind auf wenige Entwicklungsländer zu konzentrieren und projektbezogen einzusetzen. Die projektbezogene Entwicklungshilfe der Kirchen und Verbände aus Nordrhein-Westfalen ist zu berücksichtigen;
- sich auf der EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die bereits bewilligten Mittel schnell an die betroffenen Entwicklungsländer weitergeleitet werden und dort zügig eingesetzt werden können;
- dem Landtag bis zum 1. Mai 2002 einen Bericht zuzuleiten, in dem schwerpunktmäßig die aus dem Landeshaushalt in den letzten fünf Jahren finanzierten entwicklungspolitischen Maßnahmen aufgeführt werden;
- in geeigneter Weise auch die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu motivieren, Partnerschaften in Entwicklungsländern einzurichten sowie eine Vernetzung mit konkreten Maßnahmen der Entwicklungspolitik des Landes in diesem Zusammenhang vorzunehmen;
- die Landesregierung wird aufgefordert, einen jährlichen Bericht über die Effizienz der Arbeit der „Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren“ vorzulegen.

Dr. Jürgen Rüttgers  
Ilka Keller  
Dr. Stefan Berger  
Wolfgang Dietrich  
Hagen Jobi  
Werner Jostmeier  
Wilhelm Lieven  
Reinhold Sendker

und Fraktion